

**Krise der Finanzmärkte: Nicht einen Rappen für die Spekulanten!
 Programm für den Ausbau des Service public, Unterstützung der Sozialversicherungen!
 Verteidigung von Arbeitsplätzen, GAV und Berufsstatuten!**

**NEIN zu den EU-Richtlinien zur Liberalisierung des gesamten Service public.
 NEIN zur Mogelpackung « Personenfreizügigkeit », deren einziges Ziel die
 Durchsetzung einer rücksichtslosen Dumpingpolitik und die Schwächung der
 Gewerkschaften ist.**

**Gründung eines Komitees für ein NEIN der Arbeiterschaft zur Ausdehnung
 des Abkommens über die so genannte « Personenfreizügigkeit ».**

**22. November in Bern: 6. Treffen von Schweizer GewerkschafterInnen und
 SozialdemokratInnen, welche die EU-Dienstleistungsrichtlinie bekämpfen.**

Bern, 22. Nov, Restaurant Mappamondo, 11Uhr - 16 Uhr

Es braucht ein Nein von Seiten der Arbeitnehmenden zur Ausdehnung des Abkommens über die so genannte „Personenfreizügigkeit“

Am 3. November verkündete das SECO: « Der schwere Rückschlag, mit dem die Schweizer Wirtschaft konfrontiert ist, wird auf den Arbeitsmarkt durchschlagen. Das SECO prog-nostiziert für Ende 2009 eine Zunahme der Erwerbslosen auf 140'000 Personen gegenüber 96'000 Ende September. (...) Die Arbeitslosenrate dürfte in den nächsten Monaten auf 3,5% der aktiven Bevölkerung klettern (Ende September lag sie bei 2,4%) ». Die aktuelle Krise der Finanzmärkte beschert der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend trübe Zukunftsaussichten. Auch für die Haushalte von Bund und Kantonen sieht es nicht rosig aus, denn das so genannte « Massnahmenpaket » und die zu erwartenden Steuererhöhungen werden sie regelrecht austrocknen. Vor diesem Hintergrund beschliesst der Bundesrat Schlag auf Schlag:

einen « Rettungsplan für die UBS », mit dem das sinkende Schiff der Spekulanten wieder flott gemacht werden soll. Der Plan sieht vor, die öffentlichen Kassen zu plündern, um der UBS für 68 Milliarden « giftige Papiere » abzunehmen;

- einen Grossangriff auf die Pensionskassen, mit der gleichzeitigen Senkung von Mindestzinssatz und Umwandlungssatz, auf deren Basis die Pensionskassenguthaben verzinst beziehungsweise die Rentenhöhe festgelegt werden;
- die Einschränkung des Postmonopols auf Briefpost bis 50 Gramm sowie die Ankündigung einer weiteren Liberalisierung des Postmarktes;
- die liberalisierungsbedingte Erhöhung der Stromtarife.

Der Bundesrat erfüllt brav die ihm zugewiesene Rolle: Er richtet seine Politik sklavisch nach dem Vorbild der EU-Richtlinien und hilft mit, die arbeitende Bevölkerung bis zum letzten Rappen auszupressen, um den Kapitalisten wieder steigende Profiteure zu verschaffen. Nun reicht's! Wie in den übrigen Staaten Europas beginnt sich auch in der ganzen Schweiz der Widerstand zu regen. Die Waadtländer Staatsangestellten wehren sich mit ihrer Mobilisierung hartnäckig gegen das Funktionslohnsystem und gegen die Spaltungsversuche der Angestelltenverbände, die behaupten, im Namen der Arbeitnehmenden zu sprechen.

Mehr denn je braucht es heute eine andere Politik, und zwar eine, die die Interessen der LohnempfängerInnen vor der Gier der Finanzmärkte schützt!

Wir müssen mit aller Kraft die Arbeitsbedingungen verteidigen, für unsere Arbeitsplätze kämpfen, den Service public und die Sozialversicherungen vor den Sozialabbauern schützen. Es braucht eine kämpferische Politik gegen die Richtlinien der Europäischen Union, die in allen Wirtschaftszweigen bloss die Interessen der in Bedrängnis geratenen Kapitalisten bedienen!

Die Verabschiedung der EU-Richtlinien hat zum « freien Verkehr » für das spekulative Kapital geführt. Auch an der Liberalisierung des Service public, an der Aushöhlung der Sozialversicherungen und an der Kapitalisierung der Rentensysteme ist die Umsetzung der EU-Richtlinien schuld!

Die Politik der Europäischen Union im Bereich der so genannten « Personenfreizügigkeit » verfolgt in Wirklichkeit bloss den Zweck, alle

Bemühungen zur Verteidigung der Arbeitsbedingungen gegen Sozial- und Lohndumping zu kriminalisieren und die Gewerkschaften zu schwächen, indem den Mitgliedstaaten gewerkschaftliche Kampfmassnahmen zur Verteidigung der gesetzlich und gesamtarbeitsvertraglich geschützten Arbeitsbedingungen verboten werden sollen!

Alle politischen Kräfte, die in der Schweiz und auf internationaler Ebene dieser Abbaupolitik der EU im Dienste des Grosskapitals einen Riegel schieben wollen, müssen sich zusammenschliessen und gemeinsam kämpfen!

Es braucht ein breit abgestütztes Komitee politischer und gewerkschaftlicher Aktivistinnen und Aktivisten, die sich in der Arbeiterbewegung für ein NEIN zur Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens engagieren!

Das *Journal* unterstützt deshalb die Durchführung eines 6. Treffens von GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen, die gegen die Integrationspolitik mobil machen, diese bekämpfen und ihre Organisationen dazu aufrufen, ein NEIN zur Personenfreizügigkeit in die Urne zu legen!

**Abonnieren sie
 Journal für eine
 Arbeiterpolitik
 Mitglieder der internationale
 verbindung der
 arbeitnehmerinnen und völker
 www.ucpo.ch
 info@ucpo.ch**